

TAGUNG

Die Europäische Union unter Zugzwang: Perspektiven zu einem ‚optimalen‘ Europa in der Wirtschafts- und Außenpolitik

*Niklas Helwig**

Europa steht unter Zugzwang. Sowohl inner- als auch außereuropäische Faktoren erzeugen einen Handlungsdruck. Im Laufe der letzten Jahre haben die europäischen Krisenmanager wichtige Schritte eingeleitet, um die Währungsunion ‚wetterfest‘ zu machen. Dennoch bleibt die Überwindung der ökonomischen Krise weit oben auf der Tagesordnung europäischer und nationaler Politiker und Entscheidungsträger. Derweil sieht sich die europäische Außenpolitik mit weltweiten strategischen Verschiebungen konfrontiert und ringt um eine kohärente Antwort auf die Herausforderungen in der direkten Nachbarschaft. Die Frage nach den Optionen der Europäischen Union auf kurze Sicht, aber auch in der langfristigen konstitutionellen Weiterentwicklung, stand im Mittelpunkt des fünften Deutsch-Nordisch-Baltischen Forums. Zu Diskussionen unter der Überschrift „Europe under pressure – how to overcome divisions and secure EU strength and coherence“ trafen sich knapp 50 Teilnehmer in Tallinn. Die Tagung bot eine Plattform zum Austausch von Ideen zwischen Praktikern aus dem Politikbetrieb und Wissenschaftlern von Universitäten und Think Tanks aus den teilnehmenden Ländern.

Die zahlreichen Wortbeiträge der Teilnehmer zeigten vor allem, dass die Schaffung eines ‚optimalen‘ Europas in der Wirtschafts- und Außenpolitik bisher durch eine uneinheitliche Wahrnehmung von Herausforderungen zwischen und innerhalb der Mitgliedstaaten gestört wird. In der Wirtschaftspolitik erzeugen

5th German Nordic Baltic Forum: Europe under pressure – how to overcome divisions and secure EU strength and coherence

Tagung des Estonian Foreign Policy Institute (EVI)
und des
Instituts für Europäische Politik (IEP)

Mit freundlicher Unterstützung des
Auswärtigen Amtes, Berlin.

21./22. November 2013, Tallinn

Welcome

Prof. Dr. Andres KASEKAMP, Acting Director,
Estonian Foreign Policy Institute (EVI), Tallinn

Prof. Dr. Mathias JOPP, Director, Institut für Europäische Politik (IEP), Berlin

Opening speech

Urmas PAET, Minister of Foreign Affairs, Tallinn

Trends and perceptions in the EU-28 – more Europe, differentiation or re-nationalisation?

Chair: Prof. Dr. Werner WEIDENFELD, Centre
for Applied Policy Research (CAP), University of
Munich

Introductions and Discussion:

Dr. Peter SCHOOF, Director for Basic Issues of EU
External Relations and Relations with EU Member
States, Federal Foreign Office, Berlin

Juhan LEPASSAAR, Member of the Cabinet Siim
Kallas, Vice-President of the European Commission,
Brussels

* Niklas Helwig ist ein Research Fellow am Finnish Institute of International Affairs (FIIA) in Helsinki und Doktorand an den Universitäten Edinburgh und Köln.

unterschiedliche Sichtweisen im ‚Süden‘ und ‚Norden‘ der Union beziehungsweise divergierende Wahrnehmungen und Lösungsansätze in Staaten, die unter der Krise leiden, und solchen, die ‚Solidarität‘ bekunden, Spaltungslinien. In der europäischen Außenpolitik führen divergierende Prioritäten der Mitgliedstaaten zu einer breiten und ungenauen Agenda und verhindern die Entwicklung einer kohärenten Strategie im Umgang mit Partnern und Gegenspielern. Eine gemeinsame Vorstellung, wie ein optimales Europa aussehen sollte, ist jedoch Voraussetzung dafür, die Europäische Union institutionell weiterzuentwickeln beziehungsweise zu differenzieren. Im Angesicht der aktuellen Herausforderungen ergibt sich daher die bedeutende Aufgabe für Experten in Wissenschaft und Praxis, gemeinsame Handlungsoptionen und Perspektiven für Europa und seine Bürger zu entwickeln.

Die EU als wirtschaftspolitischer Krisenmanager

Es war keine Überraschung, dass viele Beiträge der Tagung sich mit den Möglichkeiten zur Überwindung der Krise in der europäischen Währungsunion auseinandersetzten. Eine Stärkung der Eurozone sei der Schlüssel für eine starke und glaubwürdige Europäische Union. Die Europäische Union wurde dabei, verständlicher Weise, nicht als Teil des Problems, sondern als Teil der Lösung angesehen. Jedoch brachten die Worte eines Teilnehmers die Problemlage auf den Punkt: „Wir stochern noch im Nebel“. Demnach müssten für einen kohärenten Ansatz noch viele Einzelmaßnahmen zusammengeführt werden. Dies betrifft sowohl die derzeitigen Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten als auch das Krisenmanagement der Europäischen Union. Wichtige Reformen wie der europäische Fiskalpakt, das Six- und Two-Pack sowie der einheitliche Bankenaufsichtsmechanismus wurden auf den Weg gebracht und verheißen ‚Licht am Ende des Tunnels‘. Die Herausforderung ist jedoch nach wie vor, eine kohärente Strategie angesichts unterschiedlicher Auffassungen der Mitgliedstaaten zu finden. So bestehen unter-

The EU as an economic crisis manager – achievements and problems ahead

Chair: Dr. Juha JOKELA, Programme Director, The European Union research programme, Finnish Institute of International Affairs, Helsinki

Introductions and Discussion:

Kārlis BUKOVSKIS, Deputy Director, Latvian Institute of International Affairs, Riga

Prof. Dr. Ansgar BELKE, Chair of Macroeconomics, University of Duisburg-Essen

Dr. Vytautas KUOKŠTIS, Institute of International Relations and Political Science, Vilnius University

The EU as a foreign policy player – ambitions and realities

Chair: Dr. Gunilla HEROLF, Vice President, Royal Swedish Academy of War Sciences (RSAWS), Stockholm

Introductions and Discussion:

Marko MIHKELSON, MP, Chairman of the Foreign Affairs Committee, Tallinn

Dr. Alfredo CONTE, Head of Strategic Planning Division, European External Action Service (EEAS), Brussels

Dr. Kristi RAIK, The European Union Research Programme, Finnish Institute of International Affairs (UPI), Helsinki

The future of the EU – what kind of reforms and methods?

Chair: Prof. Dr. Rudolf HRBEK, Spokesman of the Board, European Centre for Research on Federalism, University of Tübingen

Introductions and Discussion:

Dr. Mart LAANEMÄE, Undersecretary, Estonian Ministry of Foreign Affairs, Tallinn

Ilze RŪSE, Director, European Department, Ministry of Foreign Affairs, Riga

Manuel SARRAZIN, MP, Spokesman on European Affairs, Parliamentary Group Bündnis 90/Die Grünen, German Bundestag, Berlin

What next – Concluding remarks and future perspectives of cooperation

Dr. Elfriede REGELBERGER, Deputy Director, Institut für Europäische Politik (IEP), Berlin

Prof. Dr. Andres KASEKAMP, Acting Director, Estonian Foreign Policy Institute (EVI), Tallinn

schiedliche Philosophien zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit: Das angelsächsische Modell besticht durch eine starke Rolle der Zentralbank zur Stabilisierung der Wirtschaft, während das deutsche Modell Preisstabilität in den Mittelpunkt stellt. Zudem veranschaulicht der deutsche Exportüberschuss erneut Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb der Europäischen Union.

Die Diskussionen zeigten, wie wichtig es ist, dass Politiker und Politikwissenschaftler wirtschaftswissenschaftliche Konzepte und Debatten verstehen und in ihre Entscheidungen beziehungsweise Analysen einfließen lassen. In dieser Hinsicht profitierte das Deutsch-Nordisch-Baltische Forum von den Beiträgen der anwesenden Experten aus dem Bereich der makroökonomischen Forschung. Sie gaben einen Einblick in die Diskussion unter Wirtschaftswissenschaftlern zu verschiedenen makroökonomischen Modellen für die Eurozone. Der von Deutschland präferierte Sparkurs, der darauf abzielt, die Wettbewerbsfähigkeit wirtschaftlich angeschlagener Länder zu verbessern, ist nicht unumstritten. Wirtschaftswissenschaftler können sich zum Beispiel nicht auf eine Schätzung der fiskalischen Multiplikatoren in Krisenländern einigen: Ein Sparkurs in krisengeplagten Ländern könnte einen größeren Schaden auf deren Wirtschaftsleistung haben als bisher angenommen. Auf der Suche nach einem Ausweg verweisen Experten gerne auf die erfolgreichen Anpassungen der baltischen Staaten während der Weltwirtschaftskrise seit 2008. Estland, Lettland und Litauen korrigierten ihre Wirtschaftspolitik über den ‚harten Weg‘ der inneren Abwertung. Dabei wird die Wettbewerbsfähigkeit durch eine Senkung der Arbeits- und Produktionskosten im Inland erreicht. Faktoren wie ein flexibler Arbeitsmarkt und ein niedriger Organisationsgrad von Interessengruppen ermöglichten den baltischen Staaten diesen Schritt. Da diese Faktoren aber nicht in jedem Land gegeben sind, kann man diese Lösung nicht beliebig auf eine Reform anderer Wirtschaftssysteme in der Europäischen Union anwenden.

Teilnehmer diskutierten auch konkrete Maßnahmen zur Gestaltung des Regierungssystems der europäischen Währungsunion. Erste Erfahrungen unter den neuen Regeln des Europäischen Semesters zeigen ein uneinheitliches Bild, da viele Mitgliedstaaten auf die wirtschaftspolitischen Empfehlungen der Europäischen Kommission zögerlich oder sogar abweisend reagieren. Ein einheitlicher Bankenaufsichtsmechanismus wurde als ein erster Schritt zu einer Bankenunion eingeführt. Jedoch beschrieb ein deutscher Experte die Schwierigkeiten seines Landes, einem gemeinsamen Rahmen zur Abwicklung von Banken zuzustimmen, ohne dabei auf einer Änderung der EU-Verträge zu bestehen. Ein solcher Schritt würde mit hoher Wahrscheinlichkeit vor dem Bundesverfassungsgericht angefochten werden.

Mehrere Redner hoben die Abkopplung des EU-Krisenmanagements von der öffentlichen Meinung als eine der bedenklichsten Entwicklungen hervor. Ein Experte befürchtete, dass ein guter Wahlausgang für EU-skeptische Parteien bei der Europawahl 2014 mehr als nur ein punktueller Ausdruck von Protest sein könnte. Ein tiefer sitzender EU-Skeptizismus könnte vielmehr auf einer weit verbreiteten Sichtweise beruhen, dass die Europäische Union ihre Legitimität als wirtschaftspolitischer Krisenmanager verloren hat, was Auswirkungen auf den zukünftigen innereuropäischen Zusammenhalt nach sich ziehen könnte. Daher sollten pro-europäische Parteien und europäische Eliten eine wachsende Europafeindlichkeit in der Bevölkerung nicht unterschätzen und kollektiv für die Bedeutung der Europäischen Union werben. Ein anderer Teilnehmer bemerkte, dass die soziale Dimension der Krise angepackt werden müsse. Dies würde den Menschen zeigen, dass ihre Bedenken und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise ernst genommen werden.

Die EU als globaler Akteur

Die Stärken und Herausforderungen der EU-Außenpolitik sorgten ebenfalls für eine inten-

sive Debatte. Insgesamt wurden die Leistungen der Europäischen Union auf internationaler Bühne als gewinnbringend für die Mitgliedstaaten bewertet, insbesondere für kleinere Länder. Während mancher Teilnehmer Tendenzen unter den 28 Mitgliedstaaten ausmachte, welche auf eine Renationalisierung von Außenpolitik und auf eine fehlende Teilhabe an kollektiven Vorgehensweisen hindeuten, betonten Teilnehmer aus den baltischen Staaten die Vorteile, ein Teil des ‚Klubs‘ zu sein. Sie lehnten ein unilaterales Vorgehen als Alternative ab, trotz aller Schwächen des Systems und der altbekannten Lücke zwischen Ambitionen und Wirklichkeit der EU-Außenpolitik. Aus einem historischen Blickwinkel sei die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) im Vergleich zu anderen Politikfeldern noch nicht ausgereift, befanden einige Teilnehmer. Nationalstaaten bleiben die Hauptakteure und divergierende Interessen erschweren den Konsens bei konkreten Politiken. Des Weiteren hat der deutsch-französische Motor in der GASP und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) nicht den gleichen Stellenwert wie in anderen Politikfeldern und setzt keine vergleichbare Integrationsdynamik in Gang. Trotz der Schwierigkeiten der Europäischen Union auf der Weltbühne kohärent aufzutreten, konnten der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) und die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik über die letzten Jahre hinweg ihren Nutzen beweisen.

Die Tagung fand nur eine Woche vor dem EU-Gipfel zur Östlichen Partnerschaft statt. Teilnehmer bekräftigten den Stellenwert, des Treffens in Vilnius als ein strategischer Gipfel für die Europäische Union: Falls es der Union nicht gelingen sollte, eine Strategie für die Beziehungen mit den direkten Nachbarn zu entwickeln, ist es nur schwer vorstellbar, dass Europa eine Wirkung im globalen Maßstab entfalten kann. Unglücklicherweise unterstrich die Nachricht über das Aussetzen der Verhandlungen über ein Partnerschaftsabkommen mit der Ukraine erneut die Herausforderungen Europas in der Region. Mehrere Teilnehmer wie-

sen auf die Notwendigkeit hin, eine überzeugende Strategie für den Umgang mit osteuropäischen Ländern zu finden, welche immer noch im Einflussbereich Russlands verharren. Sie befürchten, dass die Europäische Union diesem Thema nicht die nötige Zeit und Energie widme. Ein Experte befand, dass das ukrainische Regime in erster Linie auf Machterhalt bedacht sei. Jedoch könne sich das Regime dafür nicht allein auf eine Bindung an den Westen verlassen und müsse daher gute Beziehungen mit Russland pflegen. Daher laute die Frage für die Europäer auch, was die Europäische Union der ukrainischen Regierung für ein Loslösen vom Kreml anbieten kann.

Die Teilnehmer hatten unterschiedliche Sichtweisen zu den Aussichten auf Erfolg der EU-Außenpolitik. Einige Experten waren pessimistisch. Der europäischen Außenpolitik fehle es an Prioritäten. Eine breite und wenig zielgerichtete Agenda führe zu Diskussionen um Nebensächlichkeiten bei Treffen der Außenminister, wodurch wiederum Chancen und wertvolle Zeit vertan würden. In dieser Hinsicht hätte, laut eines Teilnehmers, mehr Wert auf die Vorbereitung des Gipfels zur Östlichen Partnerschaft gelegt werden müssen. Ein umfassenderes Engagement hätte demnach zu einem erfolgreicherem Ergebnis geführt. Ein anderer Experte beschrieb die schwierige Phase der Gestaltung und Administration der EU-Außenbeziehungen nach dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags mit den bekannten Problemen der Installation des EAD. Obwohl die Übergangsphase fast vorüber ist, wurde durch diese ‚Geburtswehen‘ der ‚Koordinationsreflex‘ der Mitgliedstaaten beeinträchtigt und es zeigt sich nunmehr, dass diese geneigt sein könnten unilateral zu handeln. Als Konsequenz könnten wir jetzt sogar weniger gemeinsame Außenpolitik haben als vor der Vertragsreform.

Andere Teilnehmer wiederum sahen die Errungenschaften und Aussichten in einem positiveren Licht. Verschiebungen im internationalen System, wie beispielsweise der Aufschwung

der BRICS-Staaten¹ oder die potenzielle strategische Neuausrichtung der USA auf den asiatisch-pazifischen Raum, erzeugen Handlungsbedarf unter den Mitgliedstaaten, zukünftig enger zusammen zu arbeiten. In jüngster Zeit schafften es der EAD und die Hohe Vertreterin nach einer schwierigen Einarbeitungs- und Konsolidierungsphase, positive Schlagzeilen zu produzieren. Die neuen diplomatischen Strukturen der Europäischen Union spielten eine wichtige Rolle als Wegbereiter in internationalen Verhandlungen und trugen maßgeblich zu den ersten Erfolgen der Nuklearverhandlungen mit dem Iran bei. Doch dem EAD und der Hohen Vertreterin gelang auch der Durchbruch in den Verhandlungen zwischen Serbien und dem Kosovo. Während die Europäische Union die revolutionären Entwicklungen in Ägypten in 2011 verpasste, war Catherine Ashton im Jahr 2013 die wichtigste hochrangige westliche Gesprächspartnerin vor Ort. Ein Diplomat eines Mitgliedstaates berichtete von seinen Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit einer EAD-Delegation im Ausland. Er verwies auf positive Effekte, welche durch die Koordinierungsfunktion der EU-Delegationen in Drittstaaten erzielt werden, diese sollten also nicht unterschätzt werden.

Ein informierter Beobachter brachte die Teilnehmer der Tagung auf den neuesten Stand der Überprüfung des EAD, die in 2013 stattfand. Erste Ergebnisse werden für Ende des Jahres 2013 erwartet. Es war wenig überraschend, dass die Diskussionen zwischen den Mitgliedstaaten über eine mögliche Revision des EAD schwierig verliefen. Strittige Fragen betrafen unter anderem die Zusammenarbeit von EAD und Kommission, die Notwendigkeit von Stellvertretern für den Hohen Vertreter, zusätzliche EAD-Vorsitze von Ratsarbeitsgruppen und die zukünftige Rolle und mögliche Einbindung von EU-Sonderbeauftragten in den EAD. Es ist essenziell für den Erfolg des EAD, dass er von den nationalen Außenministerien als ein gleicher Partner angesehen wird und nicht als 29. Wettbewerber in Brüssel. Der

rotierende Austausch von Diplomaten der nationalen Administrationen mit dem europäischen Dienst hilft, ein Gefühl der Teilhabe auf Seiten der Mitgliedstaaten aufzubauen. Auf EU-Ebene trifft der EAD noch immer auf Probleme in der Koordination von gemeinsamen Tätigkeiten mit der Kommission. Ein wechselseitiges Rotationssystem würde auch hier helfen, die Zerteilung zwischen den Akteuren zu überwinden. Die Entwicklung der außenpolitischen Architektur könnte in 2014 durch die neue Führungsriege der Kommission und des EAD frische Impulse erhalten.

Ein ‚optimales‘ Europa

Wie sollte die Europäische Union in Zukunft organisiert sein? Wie schon zuvor in der Geschichte der Europäischen Union könnten die Mitgliedstaaten an einen Scheideweg gelangt sein und sich der Entscheidung ausgesetzt sehen, ob sie mehr Europa, eine Differenzierung oder sogar eine Renationalisierung anstreben. Die Teilnehmer waren sich einig, dass eine Renationalisierung von europäischen Politikfeldern die am wenigsten wünschenswerte Option sei. Die britische Überprüfung der Kompetenzverteilung zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union wurde in dieser Hinsicht als nicht hilfreich bewertet. Während eine Evaluierung bestimmter Politikentscheidungen und Regulierungen durchaus sinnvoll sein kann, ist es nicht ersichtlich, warum die grundlegende Kompetenzverteilung infrage gestellt werden muss. Dies ist wohl hauptsächlich auf innenpolitischen Druck zurückzuführen, der auf der Regierung in Großbritannien lastet. Damit riskiert das Vereinigte Königreich eine ‚Büchse der Pandora‘ zu öffnen und animiert andere Mitgliedstaaten, eine eigene Kompetenz-Wunschliste zu erstellen. Die Niederlande haben bereits eine Bestandsaufnahme der EU-Kompetenzen im Lichte des Subsidiaritätsprinzips durchgeführt. Die Tagungsteilnehmer waren insgesamt skeptisch gegenüber einem solchen ‚Europe à la carte‘ und sahen diese Entwicklung nicht als eine

1 Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika.

passende Antwort auf die Herausforderungen, denen sich die Europäische Union stellen muss.

Etliche der Teilnehmer traten stattdessen für mehr Europa ein. Aus diesem Blickwinkel stellt der derzeitige Handlungsdruck eine notwendige Bedingung dar, welche die Mitgliedstaaten zu tiefer gehenden Integrationsschritten animiert. Wenn der Zugzwang der Krise abebbt, wird es schwieriger, notwendige Reformschritte durchzuführen. Ein Teilnehmer wies darauf hin, dass der ‚Flickenteppich‘ aus verschiedenen intergouvernementalen Instrumenten außerhalb der gemeinsamen Verträge nicht ausreichend sei, um für eine mögliche Wiederkehr der Finanz- und Wirtschaftskrise gerüstet zu sein. Stattdessen wurde ein neuer Konvent gefordert, der sich hauptsächlich auf das Regierungssystem der Eurozone konzentriert. Themen einer solchen Reform wären die Rolle der Kommission in der wirtschaftspolitischen Überwachung, die Stellung des Europäischen und der nationalen Parlamente, die Vereinbarkeit des Europäischen Stabilitätsmechanismus mit der Gemeinschaftsmethode als auch die Verbindlichkeit von Kommissionsempfehlungen innerhalb des Europäischen Semesters. Das Europäische Parlament könnte einen solchen Konvent anstoßen und die Führungsspitzen der Europäischen Union einladen, einen gemeinsamen Entwurf zu präsentieren. Die Reformen würden letztendlich im Rahmen des ordentlichen Änderungsverfahrens der Verträge beschlossen.

Nicht alle anwesenden Experten sprachen sich für eine Änderung der Verträge aus. Mehrere Teilnehmer argumentierten, die Europäische Union sollte sich eher auf Initiativen konzentrieren, die sich innerhalb der bestehenden Verträge umsetzen lassen, zum Beispiel im Bereich des Gemeinsamen Marktes, der Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder der Transport- und Energiepolitik. Statt einen neuen Vertrag anzustreben, empfahl ein Fachmann eine Strategie der Anpassung an die Fülle bestehender Instrumente und diese zunächst umzusetzen. Durchaus befürworteten mehrere

Teilnehmer ein Europa, das sich auf Ergebnisse konzentriert, anstatt auf Institutionen. Funktionale Politikinhalt sollten im Mittelpunkt stehen, anstatt über einen schrittweisen Prozess hin zu einem föderalen Europa zu diskutieren.

Viele Redebeiträge machten deutlich, dass die Zukunft der Europäischen Union nicht in weniger oder mehr Europa liegt, sondern in einem ‚optimalen‘ Europa. ‚Optimales‘ Europa heißt nicht, dass alles auf EU-Ebene geregelt werden muss, sondern ist fest im Prinzip der Subsidiarität verankert. Europäische Führungsspitzen bleiben dabei der Gemeinschaftsmethode als primärem und hauptsächlichem Handlungsrahmen treu. Jedoch steht ihnen die Möglichkeit offen, die Gemeinschaftsmethode um andere Verfahren zu ergänzen, beispielsweise mit der von Angela Merkel befürworteten Unionsmethode. Auch im Bereich der EU-Außenpolitik waren die Experten der Meinung, dass das supranationale und intergouvernementale Modell komplementär sind. Der EAD ist das beste Beispiel für einen solchen Verbindungsansatz, der alle EU-Instrumente und -Verfahren kombiniert. Die Stärke des Dienstes könnte zukünftig seine Funktion als ‚Netzwerkakteur‘ sein, der alle relevanten Akteure auf EU-, mitgliedstaatlicher und subnationaler Ebene zusammenführt. Allerdings erfordert ein ‚optimales‘ Europa eine Angleichung der unterschiedlichen Wahrnehmungen von Herausforderungen und Lösungen in den Mitgliedstaaten. Manche Teilnehmer wiesen darauf hin, dass die deutsch-französische Konsensbildung für die Entwicklung gesamteuropäischer Kompromisse unerlässlich, leider jedoch derzeit unzureichend ist. Andere betonten, dass auch das Vereinigte Königreich grundsätzlich ein unverzichtbarer Partner innerhalb der Europäischen Union bleibt. Ein ‚optimales‘ Europa sollte Spaltungstendenzen besser entgegenwirken und die zur Verfügung stehenden Instrumente in geeigneter Weise einsetzen. Vielfalt ist einer der wichtigsten Vorzüge Europas, Zerrissenheit führt jedoch zum Scheitern – so das allgemeine Fazit.